

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

3.3.1925 (No. 52)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Telefon:
Nr. 955
und 954
Postkonto:
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich:
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. D.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tritt Rabat, der als Kassenrabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Abrechnung sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Institut für den Anzeigendienst berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abfertigung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Für Abfertigung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil

Frühjahrsprüfung der Referendare

Die im Frühjahr dieses Jahres abzuhaltende zweite juristische Prüfung wird im Laufe des Monats Mai beginnen. Die Anmeldungen sind im Laufe des Monats März beim Justizministerium einzureichen.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Gesamtbeschäftigung hat sich in dem in den letzten Wochen beobachteten Umfang auch in der Woche vom 19.—25. Februar weiter leicht gebessert. Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen am 25. Februar gemeldeten Arbeitsuchenden beträgt 33 428, die der offenen Stellen 3609. Es entfallen darnach auf 100 offene Stellen 926 Arbeitsuchende gegenüber 951 am 18. Februar. Auch die Zahl der unterstützten Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) ging weiter zurück, und zwar um 370, sie beträgt am 25. Februar 17 015.

In der Industrie der Erze und Erden ist in der Ziegeleindustrie, ferner in den Steinbrüchen und Steinhauereien des Heidelberger Bezirks eine leichte Belebung festzustellen. Das große Zementwerk in Leimen steht noch still.

In der metallverarbeitenden Industrie hat sich die Arbeitsmarktlage weiter leicht gebessert. In Karlsruhe war die Nähmaschinen- und Werkzeugindustrie, ferner der Lokomotivbau für tüchtige Fachkräfte aufnahmefähig. Es macht sich bereits ein Mangel an Facharbeitern bemerkbar. Bismarck zeigt auch die Metallindustrie in Singen. In der Mannheimer Metallindustrie hält die Besserung an. Der Beschäftigungsgrad der Wetzheimer Schmiedewarenindustrie ist noch gut. Überarbeit wird weiter von 3—4000 Personen geleistet; mit 1—2-tägiger Verkürzung arbeiten 4 Betriebe, wovon 180 Arbeiter betroffen sind. In der Schwarzwälder Uhrenindustrie sind Spezialarbeiter, ferner vor allem junge Leute im Alter von 15—20 Jahren gesucht.

Die Beschäftigungsverhältnisse der chemischen und Textilindustrie, des Oberrheins sind im allgemeinen befriedigend.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe weist die Möbeldindustrie vermehrte Nachfrage nach tüchtigen Facharbeitern auf.

Eine Verschlechterung macht sich auf dem Arbeitsmarkt der Tabakindustrie bemerkbar. In verschiedenen Bezirken kam es zu Werksbeurlaubungen, die teilweise größeren Ausmaß annehmen.

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe herrscht, insbesondere an den großen Plätzen, rege Nachfrage nach Schneidern, teilweise mangelt es an erstklassigen Kräften.

Im Baugewerbe ist eine weitere Besserung festzustellen. Die Nachfrage nach Bauhandwerkern ist fast allenthalben gestiegen.

Weiter gut beschäftigt ist das Vertriebsgewerbe.

Im Gastwirts- und Hotelgewerbe war die Vermittlungstätigkeit für Kellner sehr lebhaft. Das Gleiche gilt für die Musiker.

29. März Reichspräsidentenwahl

WTB, Berlin, 3. März. (Tel.) Wie wir erfahren, einigte man sich in Besprechungen der Reichsregierung mit den Parteiführern des Reichstags, daß der erste Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten am Sonntag, den 29. März stattfindet.

Die Berliner Blätter beschäftigen sich bereits ausgiebig mit der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten. Der „Lokal-Anzeiger“ und die „Voss. Ztg.“ traten lebhaft dafür ein, daß die technischen Wahlvorbereitungen so beschleunigt werden, daß der erste Wahlgang bereits am 29. März, der zweite, falls ein solcher nötig werden sollte, am 26. April stattfinden kann. — In einem Bericht der „Voss. Ztg.“ über die Sitzung des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei vom Sonntag heißt es, daß der Parteivorstand, Reichstagsabg. Koch, erklärte, für die Reichspräsidentenwahl müsse schnell ein Zusammengehen der republikanischen Parteien angestrebt werden, die sich möglichst schon für den ersten Wahlgang auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen hätten. Auch der „Vorwärts“ erklärt es für selbstverständlich, daß die republikanischen Parteien in irgend einer Form beitreten werden, bei der Reichspräsidentenwahl möglichst geschlossen aufzutreten. — Dem „Lokal-Anzeiger“ zufolge sind auch in dem schwarz-weiß-roten Lager Bestrebungen im Gange, eine Einigung über einen gemeinsamen Kandidaten herbeizuführen. Das Blatt glaubt, Anlaß zu haben, die Aussichten auf eine solche gemeinsame schwarz-weiß-rote Kandidatur zu beurteilen.

* Friedrich Ebert und das Ausland

Schon am Samstag, als die schmerzliche Kunde von dem Ableben des Reichspräsidenten Ebert in die Öffentlichkeit drang, mußte einem jeden besonnenen Politiker unseres Vaterlandes klar sein, daß dieser Tod auch außenpolitisch für uns einen überaus schweren Verlust bedeutet. Dieser Eindruck hat sich nach all den Pressestimmen und Kundgebungen des Auslands, wie sie in den letzten Tagen bekannt geworden sind, noch verstärkt.

In allen Ländern der Erde ist die Persönlichkeit des deutschen Reichsoberhauptes in einer Weise gewürdigt worden, die sicherlich nicht nur für den Verstorbenen selbst, sondern auch für das Volk, das er vertrat, äußerst ehrenvoll ist. Von Amerika, das ja ohnehin Deutschland ruhiger und objektiver gegenübersteht, angefangen bis zu Frankreich einschließlich, dessen Nationalismus immer noch die Abneigung gegen alles Deutsche wahrhaftig, hat die maßgebende Presse des Auslands Gedenkartikel veröffentlicht, die sämtlich Zeugnis ablegen von der großen Hochachtung, die man draußen den persönlichen und staatsmännischen Eigenschaften Eberts entgegenbrachte. Und wenn hier und da in diese Befundungen aufrichtiger Wertschätzung sich Äußerungen der Sorge darboten, ob der Nachfolger des Verstorbenen die gleiche Klugheit und den gleichen Takt besitzen werde, hineinmischten, so wird man das vom Standpunkte einer allgemeinen Friedenspolitik aus wohl verstehen können.

Nun ist es ja richtig, daß Friedrich Ebert, auch wenn er am Leben geblieben wäre, für das Amt des Reichspräsidenten nicht mehr kandidiert hätte. Aber es ist doch ganz klar, daß eine Persönlichkeit wie Ebert auch dann noch eine große Rolle im politischen Leben der Nation gespielt hätte. Und diese Rolle hätte bei dem gradlinigen Charakter des ganzen Mannes nur die eines weisen und ausgleichenden Staatsmannes sein können.

Und als solcher wird denn auch Friedrich Ebert von der öffentlichen Meinung des gesamten Auslands gewürdigt. Im Ausland, wo man zu den deutschen Dingen eine bessere, historische Distanz hat, als vielfach bei uns selbst, wertet man Friedrich Ebert ganz richtig als den deutschen Politiker, dem, soweit Persönlichkeiten in Frage kommen, die Konsolidierung Deutschlands in erster Linie zu danken ist.

Und an dieser Konsolidierung ist das Ausland, wenn auch gewiß nicht gerade aus sentimentalischen Gründen, aufs stärkste interessiert. Wenn man von dem Kredit und dem wieder wachsenden Ansehen spricht, das Deutschland im Ausland genießt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß heute die deutsche Reichsmark zu den besten Werten der Welt gehört, dann wird sofort die Einsicht nach, daß dieser Kredit, diese neue Geltung Deutschlands mit dem Wirken des verstorbenen Reichspräsidenten aufs engste verknüpft ist. Und die Presse des Auslands hat nicht gegögert, in ihren Gedenkartikeln auch auf diesen Punkt hinzuweisen. Aber auch hier stellenweise mit Ausdrücken der Befürchtung, ob es gelingen werde, für den dahingegangenen einen vollgültigen Ersatz zu finden.

Nicht oft ist es in der deutschen Geschichte vorgekommen, daß der rechte Mann zur rechten Zeit unserem Volke zur Verfügung stand. Denn das ist das Entscheidende für das Wirken einer großen geschichtlichen Persönlichkeit, daß ihre Eigenart mit den eigenartigen Erfordernissen der Zeit zusammenfällt. Es ist an sich keineswegs ausgeschlossen, daß es zur Zeit Wilhelms II. und auch zur Zeit der Revolution in Deutschland Naturen gegeben hat, die in ihrer Begabung und ihrem Charakter an Bismarck erinnern. Aber diese Naturen sind nie und nirgends öffentlich in Erscheinung getreten, weil der Stil der Zeit, weil das damals herrschende System und später die charakteristische Atmosphäre der Revolutionsperiode die Entfaltung solcher Naturen einfach unmöglich machten. Es ist das deutsche Verhängnis gewesen, daß unter Volk vom Jahre 1890 bis zum Jahre 1918 überhaupt keine leitende Persönlichkeit besaßen hat, die den wirklichen Erfordernissen jener Zeitparade genügt hätte. Unser Glück aber ist es gewesen, daß uns in den Jahren der Revolution und der neuen Konsolidierung jene Persönlichkeit nicht gefehlt hat. Und sie hieß Friedrich Ebert.

Mit dieser Feststellung erledigt sich die Frage danach, ob Ebert ein schöpferischer Geist gemalen Gepräges gewesen ist, ganz von selbst. Wir hätten mit einem sol-

chen Geist nichts anfangen können. Denn das Temperament ist es, das die Eigenart dieser Geister bestimmt. Als alles in Trümmern lag, und das neue Haus zu errichten war, kam es nicht darauf an, diesen Hause den Weibstempel letzter architektonischer Genialität zu verleihen. Wichtig und notwendig war, überhaupt wieder einmal ein Haus zu schaffen, und zwar ein Haus, das den ersten Stürmen Trotz bieten konnte. Hier diese Aufgabe zu lösen vermochte, der war der beste Baumeister. Und Friedrich Ebert ist dieser beste Baumeister gewesen.

Damit hat er sich ganz von selbst in die Reihe der bedeutenden und in ihrer Aufbautätigkeit großen Persönlichkeiten der deutschen Geschichte gestellt. Und auch die Weltgeschichte wird an dieser Einschätzung festhalten. Das zeigen uns die Pressestimmen und Kundgebungen des Auslands am allerbesten.

Selten ist ein Staatsmann in führender Stellung vor so entscheidende Probleme gestellt worden, wie Ebert. Sie für alle Zeit zur Befriedigung aller zu lösen, war unmöglich. Aber ihrer Herr geworden zu sein, und zwar so sehr Herr, daß der Gedanke an einen neuen Wiederaufstieg Deutschlands überhaupt wieder gefaßt werden konnte, das ist es, was Ebert allerdings vollbracht hat. Kein Zweifel, daß er dabei seine Gesundheit zum Opfer gebracht hat.

Das deutsche Volk hat in seiner erdrückenden Mehrheit geglaubt, daß es schon rein gefühlsmäßig Verständnis besitzt für die wertvollen Eigenschaften Eberts und für seine vaterländische Leistung. Diese Tatsache ehrt unser Volk und läßt uns einen Hoffnungsstrahl am Horizont erblicken, dort, wo viele nur dunkles Gewölke sahen.

Die Militärkontrolle

Das von Marshall Foch geleitete interalliierte Militärkomitee hat am Montag Verriot als dem Präsidenten der Vorkonferenz den Bericht über den Bericht der Kontrollkommission übermittelt. Das Gutachten umfaßt lediglich elf Schreibmaschinenseiten. Die Vorkonferenz beabsichtigt die Diskussion darüber am heutigen Dienstag zu beginnen.

Nach dem „Matin“ handelt es sich bei dem Bericht des Militärkomitees um keinen Kommentar, der in dem Bericht der Kontrollkommission festgestellten Tatsachen. Der Ausführenden Fochs habe sich sorgsam gehalten, irgendwelche Konklusionen aus dem vorliegenden Bericht zu ziehen. Das Komitee habe in keiner Weise den Entscheidungen der Alliierten vorgreifen wollen. Der Bericht stelle u. a. fest, daß, wenn Deutschland Ende 1918 täglich etwa 100 Kanonen hätte herstellen können, es nach Ansicht Fochs heute noch täglich 50 bauen könnte dank der Fabriken, die es nicht umgestellt habe. — Aus dem Bericht gehe weiter hervor, daß die Reichswehr, die nur eine Polizeitruppe sein solle, im Laufe der letzten Jahre in ein Kriegsheer ausgebaut worden sei. Es sei wahrscheinlich, daß die Vorkonferenz von Foch verlangen werde, daß er gewisse Punkte präzisiere und gewisse Vorschläge unterbreite. Wenn das geschehe, dann sei Foch bereit, er habe sich damit begnügt, die Feststellungen der Kontrollkommission zu resumieren. Er wisse auch schon, wie man die Kontrolle wirksam machen könne, und wenn man ihn darüber frage, antworte er, das sei viel einfacher als man annehme.

WTB, London, 2. März. Ein Sonderkorrespondent der „Westminster Gazette“ schreibt, Kommentare Fochs lägen dem Foreign Office nur in nichtamtlicher Form vor. Die amtliche Auffassung sei einer Veröffentlichung des Berichtes und der Kommentare abgeneigt, wie es heißt aus folgenden Gründen: Der Bericht sei außerordentlich lang, sehr technischer Natur und in seinen Einzelheiten wesentlich eine Sache für militärische Sachkundige. In amtlichen Kreisen werde der Gedanke ausgesprochen, daß es keinem nützlichen Zweck dienen würde, eine Menge verwickelter Angelegenheiten zu veröffentlichen, die nur von Technikern begriffen würden. Trotzdem werde aber vielleicht die Veröffentlichung beschlossen werden.

Weiter zufolge ist noch keine Einigung hinsichtlich der Veröffentlichung des Berichtes der Kontrollkommission erfolgt. Was die sich wiederholenden Nachrichten über eine Neuorientierung der britischen Politik gegenüber der Frage der Sicherheit Frankreichs angeht und hinsichtlich Meldungen über irgendwelche neue Vorschläge an Frankreich oder von Frankreich über diese oder andere Fragen, die zu einer Besprechung in London oder Paris in naher Zukunft führen könnten, so wird die Lage als noch völlig ungeklärt bezeichnet. Ebenso sind auch die Aussichten über die Zusammenkunft Verriots und Chamberlains völlig unklar. Wenn es auch durchaus möglich ist, daß irgend eine Nachricht aus Paris oder Versailles irgend etwas Endgültiges veranlassen wird, so liegt es, bis noch keine Nachricht über eine Konferenz der beiden Staatsmänner vor. Soweit bisher bestimmt ist, wird die britische Abordnung für den Völkerbundrat am Samstag direkt nach Genf abreisen. Wenn nichts dazwischen kommt, wird der britische Außenminister mit dem gleichen Tage fahren.

Zum Tode des Reichspräsidenten

Weitere Beileidskundgebungen

Frau Reichspräsident Ebert empfing am Sonntag das Präsidium des Reichstages, vertreten durch Präsident Lobe, Vizepräsident Dr. Niefer und den Direktor beim Reichstag Galle zur Entgegennahme des Beileidsausdrucks des Reichstages. Die Beteiligung des Reichstages wurde in der Form vereinbart, daß der Trauerzug nach der Feierlichkeit im Palais des Reichspräsidenten auf dem Wege zum Potsdamer Bahnhof vor dem Reichstag hält und Präsident Lobe dem Heimgegangenen letzte Grüße des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt. — Präsident Lobe und eine Reihe von Reichstagsabgeordneten werden die Überführung nach Seidelberg begleiten und dort am Donnerstag nachmittag an der Beisetzungsfeierlichkeit teilnehmen. — Erst nach der Beisetzungsfeierlichkeit wird am Reichstag seine Plenarsitzung abgehalten, in der eine weitere Trauerkundgebung nicht in Aussicht genommen ist.

Der Sozialdemokratische Parteivorstand hat an die Witwe des Reichspräsidenten ein längeres Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht an der Waise eines ihrer Größten und Besten. Ihn als dem Würdigsten fiel vor zwölf Jahren als Erbe August Bebel der Vorsitz in unserer Partei zu. In der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung erkannte er den Hebel um die Welt zu verändern und die Masse des werktätigen Volkes zu politischer und sozialer Freiheit heranzuführen. Auch nachdem er aus den Händen der Nationalversammlung das hohe und erdrückend schwere Amt des ersten Reichspräsidenten der Deutschen Republik empfangen hatte, blieb er Mitglied unserer Partei. Wie in den schweren Jahren seitdem hat er uns erbetenen Rat versagt. Mit Ihnen betrauert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands den Heimgang dieses außerordentlichen Mannes, dessen Schicksal in treuhingebender Gemeinschaft geteilt zu haben, stets der Stolz Ihres Lebens bleiben möge.“

Der Gattin des Reichspräsidenten gingen vom Zentrum Telegramme zu. In dem Telegramm des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Marx, heißt es: „Der hohe Verstorbenen hat in Aufopferung all seiner Kräfte, durchdrungen von Liebe und Sorge für sein Volk, treue Arbeit für sein schwergeprüftes Vaterland geleistet. Sein Andenken bleibt bei uns in Ehren.“

Das Telegramm der Zentrumsfraktion des Reichstages besagt u. a.: „Mit Ihnen trauert das deutsche Volk in Würdigung der großen Verdienste, die der hohe Verstorbenen für die Rettung des deutschen Volkes und Vaterlandes sich erworben hat.“

Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei des Preussischen Landtags, gez. Ball, sandte an Frau Reichspräsidentin Ebert ein Beileidstelegramm, in dem es heißt: „Der Tod des Reichspräsidenten ist ein furchtbarer Schicksalsschlag für das deutsche Volk. Mit bewunderungswürdiger Treue u. opferwilliger Selbstlosigkeit hat er dreißig unheilvollen Auswüchsen des Krieges u. der Nachkriegszeit für das deutsche Volk gemildert. Er starb in den Zielen. Wir trauern mit Ihnen und den Ihren um diesen seltenen Menschen. In dem Gedenken unseres Volkes und in den Büchern der Geschichte wird er fortleben als ein treuer deutscher Mann, als Hüter der Einheit des Reiches und als Schöpfer von Republik, Verfassung und Recht.“

Im Namen der Deutschen Volkspartei hat Reichsminister Dr. Stresemann und Staatssekretär Kempfer der Frau Ebert eine Trauerkundgebung übermittelt, in der ausgeführt wird: „Eberts aufopferungsvolle Tätigkeit zum Besten des Vaterlandes, dem sein ganzes Sein und Kräfte gewidmet war, sowie seine ausgezeichneten Charaktereigenschaften sichern ihm ein dauerndes Andenken in allen Schichten des Volkes.“

Aus dem Ausland kommen immer neue Beileidstelegramme. Es telegraphierte der russische Außenminister Tschitscherin aus Tiflis, aus Tokio der Kaiser von Japan, weiter der tschechoslowakische Präsident Masaryk, der estländische Ministerpräsident, der schweizerische Ministerpräsident, der litauische Staatspräsident. Des weiteren liefen Beileidstelegramme der Regierungen von Argentinien, Brasilien, Uruguay und Polen ein.

Der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Alverton, hat an Frau Ebert ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Ich habe die Ehre gehabt, Sr. Maj. dem König Georg die traurige Nachricht von dem schweren Schicksal, das Sie betroffen und von Deutschlands großem Verlust zu berichten. Sr. Majestät haben mich beauftragt, Ihnen und Ihrer Familie den Ausdruck seines aufrichtigen Bedauerns und Beileids zu übermitteln. Ich bin Ihr aufrichtig ergebener (d'Alverton).“ — Ferner hat der englische Botschafter der Reichsregierung das Beileid der englischen Regierung ausgesprochen.

Eine Friedrich Ebert-Stiftung

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat laut „Vorwärts“ beschlossen, eine Friedrich Ebert-Stiftung im Sinne der Lebensarbeit des Entschlafenen zu errichten. Der Parteivorstand bittet im Einvernehmen mit der Familie des Verstorbenen um Kränzchen und von der Entsendung von Deputationen abzusehen und die dafür vorgesehenen Beträge der Stiftung zuzuführen.

Die Berliner sozialdemokratische Partei veranstaltet am Mittwochabend in einer Reihe von Berliner Theatern Gedenkfeiern für Friedrich Ebert, auf denen außer führenden deutschen Sozialdemokraten Vertreter der österreichischen, französischen und russischen sozialdemokratischen Partei sprechen werden.

Bestimmungen des Auslandes

Die schweizerische sozialdemokratische Presse gedenkt der persönlichen Eigenschaften des verstorbenen Reichspräsidenten mit Anerkennung. Dagegen wird an seiner politischen Haltung vielfach Kritik geübt. So schreibt die „Werner Tagwacht“, vom Standpunkt des internationalen Marxismus aus angesehen gehöre Ebert zu der Gruppe der Sozial-Patrioten, deren Durchhaltepolitik im Kriege sowie zur Deroutierung der sozialistischen Arbeiterinternationale beigetragen habe. — Das Züricher „Volkrecht“ führt aus: Persönlich möchte Ebert ein sehr wahrhafter Charakter und wie wenige, die Eigenschaften besitzen, die ihn zum vermittelnden und ausgleichenden Repräsentanten der deutschen Regierung prädestinieren. Freilich Ebert und Scheidemann waren bei Beginn des Weltkrieges und auch nachher die Exponenten jener Kriegspolitik gewesen, für die man das treffende Wort „Sozialpatrioten“ geprägt hat. Ebert hat als Vorsitzender der größten und ausschlaggebenden sozialistischen Partei der Krieg führenden Länder in der entscheidenden Stunde versagt.

Die Londoner „Daily News“ schreiben in einem Leitartikel zum Tode Eberts: Ihm war es zum erheblichen Teil zuzuschreiben, daß Deutschland vor der äußersten Katastrophe in Besetzung des Weisheits Rathlands bewahrt geblieben ist. Die Politiker nehmen ihn als das, was er war, nämlich als ehrlichen Patrioten. Nichts konnte mehr die besonderen Schwierigkeiten seines Amtes und seiner besonderen Eignung für dieses Amt erkennen, als die Tatsache, daß es zur gegenwärtigen

Zeit in Deutschland nicht einen Mann gibt, der als sein natürlicher und geeigneter Nachfolger genannt werden könnte. — Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ ist der Ansicht, daß die politischen Folgen des Todes des Reichspräsidenten keinen sensationellen Charakter haben werden und glaubt nicht an den Versuch seitens der Monarchisten, die Republik zu torpedieren. — In der „Westminster Gazette“ heißt es: Die Mäßigkeit des deutschen Volkes wird zwar bald einen geeigneten Nachfolger finden. Wenn Marx oder Luther gewählt werden sollten, so würde die Republik ein fähiges und repräsentables Oberhaupt haben. — „Morning Post“ schreibt, in politischer Hinsicht sei Ebert mehr zuverlässig als glänzender gewesen. Allerdings sei es richtig, daß er ungeheurer schwieriger Aufgaben gegenüberstand, denn er habe nichts tun können, die Zeit des Waffenstillstandes zu verkürzen oder die Friedensbedingungen abzumildern.

Die Pariser Presse beschäftigt sich hauptsächlich mit der Neuwahl des Reichspräsidenten. — Der „Temps“ schreibt, die politische Schlacht, die um die Nachfolge Eberts entzünden werde, werde eine Schlacht für oder gegen die Republik sein. — Das „Journal des Debats“ führt aus, es handle sich darum zu wissen, ob die Männer der Rechten die Dinge bräutieren wollen, indem sie einen Prinzen auf den Präsidentenstuhl setzen, der entschlossen sei, die erst günstige Gelegenheit zu ergreifen, um sich zum Kaiser auszurufen zu lassen. Ungeheuerlichkeiten und Unterlassungssünden der Alliierten einerseits und die Propaganda für die These der Nichtverantwortlichkeit Deutschlands am Weltkrieg andererseits hätten das deutsche Volk mit den alten Dynastien wieder ausgehört. Es scheint, daß die Furcht vor den Alliierten und vor den künftigen Kriegen verschwunden sei, um dem fast allgemeinen Wunsch nach Neuanfang Platz zu machen. Jetzt würden jedenfalls die Sirenen wieder das alte Lied singen, nämlich daß man angesichts der monarchistischen Gefahr französischerseits den Männern der Linken Konzeptionen nach denen auf dem Gebiet der Reparationen und des Versailler Vertrages machen müßte, um die Wähler für den linksstehenden Kandidaten zu gewinnen. Vorschläge dieser Art müßte ein kategorisches Nein entgegengebracht werden. Durch Konzeptionen gewinne man nichts. Man müßte durch Entschlossenheit und Betonung des Rechts Eindruck machen. Es sei die Pflicht Derriots zu zeigen, daß das französische Volk entschlossen sei, selbst mit Gewalt dem im Vertrag begründeten Frieden Achtung zu verschaffen.

Die New Yorker Blätter widmen Ebert in herzlichem Ton gehaltenen Leitartikel voller Anerkennung, wie sie keinem Deutschen seit dem Kriege in diesem Maße gewollt worden ist. „Central Tribune“ sagt, wenn das Deutsche Reich noch am Leben sei, so habe es dies zum großen Teil dem gesunden Menschenverstand Eberts zu verdanken. Ebert habe einer neuen und ungewöhnlichen Epoche der deutschen Politik angehört, aber in der Erfüllung seiner Aufgaben habe er an die besten Vertreter der alten deutschen Staatskunst herangereicht. — „World“ führt aus, kein im öffentlichen Leben stehender Mann der Gegenwart habe schwerere Lasten in unruhigeren Zeiten getragen als Ebert. Er sei ein befähigter, taftvoller Mann gewesen. In Zeiten hätte all seine Geschicklichkeit und seine Geduld dazu gehört, in unmöglichen Lagen Deutschland in den Stand zu setzen, mit einer Regierung vor Europa zu treten. Es sei in der Tat etwas Großes, der erste Präsident der Deutschen Republik gewesen zu sein.

Politische Neuigkeiten

Die Regierungsbildung in Preußen

Der Vorstand der deutschen nationalen Landtagsfraktion beschäftigt sich, wie aus Berlin gemeldet wird, am Montagabend mit dem neuen Vorschlag von Marx hinsichtlich einer Regierungsbildung auf breiter Grundlage. Er war sich, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, darin einig, daß man ein Kabinett mit Minister Seegering nicht billigen könne, daß man vielmehr an dem feststehenden in dem Antwortschreiben auf die Anregung zur Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft niedergelegten Standpunkt festhalten müsse. — Auch die Deutsche Volkspartei beschäftigt sich in zweifelhäufiger Sitzung mit der politischen Lage. Sie war der Ansicht, daß kein Anlaß vorliege, gegenwärtig neue Beschlüsse zu fassen.

Der Preussische Landtag wird nach den Beschlüssen des Astenrates am heutigen Dienstag nachmittags 2 Uhr eine Sitzung abhalten, die dem Gedächtnis des Reichspräsidenten gewidmet ist. Die Ansprache wird Landtagspräsident Bartels halten. Der Mittwoch soll sittingsfrei bleiben. Auf der Tagesordnung der Sitzung am Dienstag nächster Woche steht die Wahl des Ministerpräsidenten.

Die Untersuchung der Finanzaffären

Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages über die Vorgänge bei der Landespfandbriefanstalt nahm am Montagabend seine Verhandlungen wieder auf. Der demokratische Abgeordnete Riedel erstattete Bericht über die Mitteilungen der Landespfandbriefanstalt zu den Krediten an das Zibewitz-Konfortium. Es ergibt sich daraus neues, schwer belastendes Material gegen die Leiter der Bank. Es stellt sich nämlich heraus, daß Geheimrat Nehring von der Landespfandbriefanstalt nicht nur in seinen schriftlichen Berichten, sondern auch in seinen mündlichen Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß Aussagen gemacht hat, die in tristem Widerspruch zu dem Aktenstand stehen. Das Zibewitz-Konfortium erhielt vor der Landespfandbriefanstalt nicht nur einen kurzfristigen Kredit von 600 000 M., sondern gleichzeitig wurde ihm ein langfristiger Kredit für ein halbes bis ein Jahr bis zu 2½ Millionen Geldmark eingeräumt. Als Deckung für die Kredite, für die monatlich Zinsen vereinbart waren, wurde immer derselbe Wechsel des Herrn von Zibewitz als Sicherheit gegeben. Weiter stellt sich heraus, daß bei einem Darlehen, das die holländische Bank für das Zibewitz-Konfortium zur Verfügung stellte, von der Landespfandbriefanstalt eine Provision von 388 000 Mark an den angeblichen Vermittler Dr. Kann gezahlt wurde, obwohl die holländische Bank als die Kreditgeberin ohnehin das Geld ausliehen wollte.

Abgeordneter Nidel betont dazu, daß hier offenbar eine Handlung seitens der Landespfandbriefanstalt vorliegt, die auch strafrechtlich von Interesse sein dürfte. Ein anwesender Vertreter der Staatsanwaltschaft teilt dazu ergänzend mit, daß gegen Herrn Kann bereits seit Dezember 1921 ein Strafverfahren im Gange ist; die Strafanzüge hat Herr von Zibewitz erstattet, der bei den ganzen Kreditgeschäften, wie der Abgeordnete Nidel hervorhebt, anscheinend eine günstige Rolle gespielt haben als die Herren von Karstedt, von Carlwig usw. Zibewitz gab für seine Kreditgeschäfte mit der Landespfandbriefanstalt eine Vollmacht an den Herrn Wähler.

Der Untersuchungsausschuß für die Darmstadt-Affäre, der Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten war, beschloß mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Kommunisten seine Vertagung. Die Festsetzung der nächsten Sitzung wurde dem Vorsitzenden überlassen.

Der Finanzausgleich

Der Entwurf des Reichsfinanzministeriums

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht jetzt seinen Entwurf zu dem Gesetz über die Änderungen des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Darin wird u. a. ausgeführt:

Die Grundgedanken des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, wie er aus der Reformgesetzgebung von 1919/1920 hervorging, bewährten sich als richtig. Der Plan dieses Finanzausgleichs ist ja nicht erst nach dem Kriege entstanden. Die Unzulänglichkeit der Finanzverfassung des Kaiserreichs lag vielmehr schon vor dem Kriege zu Tage. Der unglückliche Kriegsausgang und die dem Reich aufgebürdeten Reparationsverpflichtungen haben die im Sinne des heutigen Finanzausgleichs wirkenden Momente noch verstärkt und den schnelleren Abschluß der schon während des Krieges begonnenen gesetzgeberischen Vorarbeiten notwendig gemacht. Der wesentliche Unterschied des heutigen Finanzausgleichs gegenüber dem früheren Finanzausgleich liegt darin, daß heute das Reich Träger des einheitlichen Steuersystems ist, früher dagegen die Gliedstaaten Träger verschiedener Steuersysteme waren. Dieser Unterschied ist von entscheidender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung.

In politischer Hinsicht ist für das Reich und die Länder ein System untragbar, bei dem das Reich seinen Fiskusbedarf in Gestalt von Beiträgen auf die Dauer umlegen muß. Ein richtiger Erkenntnis dieser Verhältnisse hat Bismarck das System der Reichsbeiträge als einen harten und klumpigen Notbehelf bezeichnet. Heute mußte das Reich zu seinen sonstigen Aufgaben noch die erheblichen Reparationsverpflichtungen übernehmen. Seine politische Zukunft ist davon abhängig, ob und wie weit es diesen Verpflichtungen gewachsen ist. Aus den sich aus alledem ergebenden politischen Notwendigkeiten ist das Reichssteuerreformgesetz hervorgegangen, das durch die gegenwärtig dem Reichsrat vorliegenden Steuergesetzentwürfe seine endgültige Ordnung finden soll.

In wirtschaftlicher Hinsicht bedeutet das Reichssteuerreformgesetz, daß das Reich die Verantwortung für Umfang und Maß der steuerlichen Anforderungen übernommen hat. Diese Konzentration der steuerpolitischen Verantwortung beim Reich ist umso dringlicher, je schwerer die steuerlichen Belastungen sind, die der Wirtschaft auferlegt werden müssen. Die deutsche Volkswirtschaft ist eine Einheit und muß steuerlich auch als Einheit behandelt werden.

Das Wesentliche des Entwurfs ist also, daß er das geltende Finanzausgleichssystem aufrecht erhält. Er bringt Änderungen der bisherigen Ordnung nach folgenden Richtungen: Die dritte Steuernotverordnung hat das Reich auf 10 Prozent der Einkommen- und Körperschaftsteuer beschränkt. Das Reich erhöht diesen Anteil auf 25 Prozent. Für diese Erhöhung waren 2 Erhöhungen maßgebend. Die in ihrer vorläufigen Tragweite nicht abzusehenden Folgen, die eintreten würden, wenn das Reich die im Londoner Abkommen übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen könnte, lassen es als unerantwortlich erscheinen, das Reich gerade an den beiden Steuern zu gering zu beteiligen, die je mehr die Wirtschaft sich kräftigt, umso mehr die anderen Steuern an Ertragsfähigkeit übersteigen werden. Sodann geht es nicht an, daß das Reich die wichtigsten Steuern im wesentlichen für fremde Rechnung verwaltet. Als Ausgleich für die um 15% gestiegene Beteiligung der Länder an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer gewährt der Entwurf in Rechnungsjahr 1925 eine Beteiligung an der Umsatzsteuer von 30%. Ab 1. April 1926 sollen die Länder wie bisher 20% des Umsatzsteuerertrags erhalten.

Unter Zurückstellung schwerer finanz- und steuerpolitischer Bedenken nimmt der Entwurf vom 1. April 1926 ab das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer in Aussicht. Es sind dafür wiederum zwei Erwägungen maßgebend. Der Entwurf glaubt, dem Bedürfnis der Länder nach Erweiterung ihrer Hoheitsbefugnisse auf steuerlichem Gebiet und den Bedürfnissen der Gemeinden nach Erweiterung der finanziellen Selbstverwaltung Rechnung tragen zu müssen. Das Zuschlagsrecht paßt das örtliche Steueraufkommen den örtlichen Bedarfsverhältnissen an und führt dadurch einen Lastenausgleich herbei. Der Entwurf verheißt sich freilich nicht, daß dieser Lastenausgleich zur Zeit sein vollständig sein kann und durch Überweisungen aus sonstigen Steueraufkommen ergänzt werden muß, denn gerade dort (z. B. in Industriegebieten), wo der größte Verwaltungsbedarf erwacht, wird vielfach nicht die Reserve an Steuerkraft vorhanden sein, die das Zuschlagsrecht voraussetzt.

Die in dem Entwurf enthaltenen Bestimmungen zur Änderung der Vorschriften über den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken und der Hauszinssteuer sollen den Ländern das Aufkommen aus dieser Steuerquelle, auf das sie unbedingt angewiesen sind, sichern und ertragreicher gestalten. Der Entwurf hebt die für die Steuer bisher vorgesehene Befreiung der Geltungsdauer auf, ohne damit der Frage vorzugreifen, in welcher Form die Besteuerung endgültig aufrecht erhalten werden soll. Im übrigen enthält er 3 wesentliche Neuerungen. Er sieht neben der Mindergrenze von 10 Prozent des Steueraufkommens eine Höchstgrenze von 10 Prozent der Friedensmiete für den Teil der Hauszinssteuer vor, der zur Förderung der Neubaulätigkeit zu verwenden ist. Er stellt ferner für die Erreichung der vollen Friedensmiete in allen Ländern einen späteren Termin auf den 1. April 1926 an, damit die Länder genügend Spielraum für die Ausnutzung der Hauszinssteuer erhalten. Schließlich vereinfacht er die bisherigen Vorschriften über die Minderung der Steuer durch Abzug der Zinsen für aufgewertete Hypotheken durch Berücksichtigung des Eigenkapitals: In Zukunft soll der Grundstückseigentümer für das Eigenkapital wie ein Hypothekengläubiger behandelt werden und ihm daher die nach den allgemeinen Grundregeln über die Aufwertung der Hypothekengläubiger zustehende Verzinsung gewährt werden. Daneben bleiben die Sondervorschriften für die Grundstücke, die am 1. Juni 1914 unbelastet oder nur bis zu 20% des Gesamtwertes belastet waren, bestehen. Der Entwurf rechnet damit, daß der Zuschlagbedarf der Länder für 1925 den von 1914 um 45% und den der Gemeinden von 1914 um 50% übersteigen wird.

Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer

Angesichts des dringenden Finanzbedarfs des Reiches erwies sich die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer als notwendig. Nach der Berechnung des Reichsfinanzministeriums würde mit den gegenwärtigen Einnahmen selbst bei äußerster Drosselung der Ausgaben, wenn nicht früher, so jedenfalls im Rechnungsjahre 1926 nicht mehr möglich sein. Da die Besitzsteuer als neue Einnahmequelle nicht mehr in Betracht kommen, bleibt nur übrig, auf die in den Verbrauchsteuern liegenden Reserven zurückzugreifen. Die Veranschlagung des Verbrauches von Bier und Tabak, die auch nach der beim Reichstag anerkannten Begriffsuntercheidung zum erheblichen Verbrauch zu rechnen sind, erscheinen als die zur Deckung des Finanzbedarfs geeigneten Objekte. Für Bier ist eine Erhöhung der Steuerhöhe vorgesehen. Es sollen erhöht werden Zigarren und Pfeifenabak von 20 auf 25 Prozent, der Wein

verkaufspreis für Zigaretten und fein geschnittenen Rauchtobak von 40 auf 50 Proz. und Rauchtobak von 5 auf 10 Proz., Schnupftabak von 10 auf 15 Proz. Um den Zollschutz für inländische Tabake zu verstärken, soll eine Erhöhung des bisher geltenden Zollsatzes für unearbeitete Tabakblätter von 30 auf 50 Mark vorgeschlagen werden.

Kurze Nachrichten

Zu den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen erfahren die Blätter, beide Parteien seien darin einig, daß über das Saargebiet Verhandlungen stattfinden sollen, für die Zeit vom 28. Februar bis zum Eintreten des Provisoriums ist man dahin übereingekommen, daß man beiderseitig keine Kampfmaßnahmen treffen wird.

Der Haß gegen Schwarz-Rot-Gold. Der Lokalanzeiger meldet aus Dortmund, daß vom Dienstgebäude des hiesigen niederländischen Konsulats in der Nacht zum Sonntag die halbmondförmige Fahne heruntergeholt und gestohlen wurde. Die Täter, Angehörige des kommunistischen Jungsturms, konnten noch nicht gefaßt werden. Ansehend galt der kommunistische Anschlag den alten Reichsfarben, die die Täter in der Dunkelheit mit den rot-weiß-blauen holländischen Farben verwechselten.

Aus Anlaß des Ausscheidens des Führers der holländischen Sozialdemokratie, Troelstra, aus dem politischen Leben, der bereits am 10. März in Amsterdam abgehaltene sozialistische Parteitag nicht mehr teilnahm, veröffentlicht die Zeitung der Sozialdemokratischen Partei in ihrem Hauptorgan „Der Volk“ einen Aufruf zur Stifting einer besonderen „Troelstra-Ehrenpforte“.

Die Beisetzung des schwedischen Sozialistenführers Branting erfolgte in Stockholm am Sonntag unter ungeheurer Beteiligung der Bevölkerung. Am 2 Uhr nachmittags verließ der Trauerzug das Haus Branting. Kränze des Königs, der Diplomaten und unzählige andere Blumenpenden bedeckten den Sarg. Die Bevölkerung Stockholms bildete zu beiden Seiten der Straßen Spalier. Bei der Trauerfeierlichkeit waren auch der König, der Kronprinz und die Prinzen anwesend. Der Sarg wurde in der Familiengruft beigesetzt.

Der Prozeß Sabow wird, wie das „Welt Journal“ aus Orleans meldet, anfangs April vor dem dortigen Kriegsgericht verhandelt werden. Unter den geladenen Zeugen befinden sich u. a. Kaimlov, Roulsen und Albert Thomas.

Neuwahlen in Belgien. Wie aus Brüssel gemeldet wird, wird die belgische Kammer am 7. März aufgelöst werden. Die Neuwahlen würden am 5. April vorgenommen werden. Das neue Parlament werde am 28. April zusammentreten.

Kein Rücktritt des britischen Oberkommissars in Ägypten. Nach einer Neuermeldung ist im Foreign Office über Minderheitsabstimmungen des britischen Oberkommissars in Ägypten nichts bekannt.

Badischer Teil

Die Tätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst

Die Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Baden, Karlsruhe, Kaiser-Allee 12D, die laut Reichstagsbeschluss vom 5. Juli 1921 „der sachlichen Aufklärung über außenpolitische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fragen und zwar nicht im Geiste einzelner Parteien, sondern vom Standpunkt des Staatsorganismus aus“ gibt für das Jahr 1924 folgende statistische Zahlen über ihre Tätigkeit in Baden bekannt.

An Druckschriften wurden verteilt: 15 000 Richtlinien, in denen bedeutsame Fragen, wie? „Die neuen Goldsteuern, die Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen, neue Wege der Produktionssteigerung, Finanzreform und Aufwertung, die deutschen Kolonialfragen, warum erhöhen sich die Mieten?, die Überwindung der Wirtschaftskrisis, der Reichsgeldetat 1924, der Weg hinaus in die Weltwirtschaft, Herabsetzung der Steuerlast, und von der Rentenmark zur Reichsmark, behandelt wurden. Außerdem gelangten 7800 kleinere Broschüren und 17 000 Flugblätter, in denen ebenfalls staatsbürgerliche Fragen behandelt wurden, zur Verteilung. An die Tageszeitungen aller Parteirichtungen wurden 61 Artikel verfasst. Staatsbürgerliche Vortragsveranstaltungen, sog. Wochentagungen wurden 5 abgehalten, an denen rund 400 Herren aus allen Parteirichtungen teilnahmen. Auf diesen Tagungen wurden je 3 Vorträge über Außenpolitik, Reichsverfassung und Steuerfragen gehalten. Lichtbildervorträge wurden 54 und staatsbürgerliche Vorträge in Vereins- und Landesorganisations 40 gehalten. Den landmannschaftlichen Vereinen, sowie den Vorständen der großen Berufs- und Landesorganisations wurde über aktuelle Fragen Tatsachenmaterial zur sachlichen Information zur Verfügung gestellt.

Der Hagenschießprozeß

DZ. Karlsruhe, 2. März.

In der fortgesetzten Mantelverhandlung stellt der Vorsitzende nochmals fest, daß die Bauseinrichtung der Land- und Siedelungsgesellschaft 300 000 Mark kostete. Dazu tritt eine Hausstielephonanlage, die 400 000 Mark erforderte. Angesichts der Tatsache, daß das eingezahlte Aktienkapital nur 850 000 Mark betrug, richtet der Vorsitzende an Abele die Frage: Waren diese Ausgaben wirtschaftlich?

Abele: Die Telefonanlage war notwendig, damit die Büroräume richtig verwertet werden konnten. Wegen der mangelnden Verkehrsverbindung wurde für 40 000 Mark auch ein Auto gekauft. Zum Hagenschieß selbst erklärt Abele: Der Gedanke des Siedlungsunternehmens ging vom Arbeitsministerium aus. Als geeignet wurde ein mehrere 100 ha großes Gelände (Rodenfläche und Waldbestand) gegen das Seehaus zu befunden. Dort wollte man ein neues Dorf errichten. Minister Nüder drängte auf den Regiebetrieb im Hinblick auf die Beschäftigungsmöglichkeit für Arbeitslose.

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben des Finanzministeriums vom 18. Nov. 1919, worin dieses seine Genehmigung zu dem Geländeverkauf zu einem mäßigen Preise gibt. Der als Zeuge und Sachverständige beidseitig Oberforstmeister Spilmüller äußert sich über die dem Verkauf des Hagenschieß vorausgegangenen Verhandlungen, wozu Abele bemerkte, daß man bei dem Fehlen einer natürlichen Quelle in dem fraglichen Gelände von der Fortführung der Forz-

heimer Wasserleitung gesprochen und seitens der Stadt bereits eine feste Zusage gehabt hätte. Am 26. März 1920 erteilte der Landtag seine Zustimmung zu dem Projekt. Im April des gleichen Jahres wurde der privatwirtschaftliche Vertrag zwischen Domänenverwaltung und Siedlungs- und Landbank abgeschlossen, den der Vorsitzende zur Verlesung bringt. Der Staat gab darnach einen Zuschuß von 3 Millionen zur Holzfällung und wies der Siedlungsgesellschaft außerdem 25 Prozent des Abzinses zu.

Auf die Frage der Verteidigung, wer den Anstoß zu der Abholzung im Nov. 1919 gegeben habe, erklärt Oberforstmeister Spilmüller: Es ist eigenartig zugegangen. Württemberg kam Ende November zum Forstamt Forzheim und bemerkte, daß man mit dem Holzhaufen beginnen werde. Ich als damaliger Vorstand sagte dem Forstwart: Sagen Sie den Herrn zum Wald hinaus, da keine ministerielle Erlaubnis vorliegt. Dann ging das Telefonieren los. Vom Landesforstmeister Greß kam schließlich der Befehl, daß die Erlaubnis erteilt sei und man keine weiteren Schwierigkeiten machen solle.

Rechtsanwalt Albrecht: Wer war es nun, der die Erlaubnis gegeben hat?

Der Vorsitzende: Wir auch der Staatsanwalt halten diese Frage nicht für erheblich.

R. A. Albrecht: Wenn in solcher Weise mit dem Staatsvermögen umgegangen wird, so ist es notwendig, volle Klarheit zu schaffen. Ich beantrage, den Landesforstmeister Greß, Dr. Kampffmeyer-Wien und Herrn Nüder zu laden zwecks Beantwortung der Frage, wer die Erlaubnis erteilt bezw. die Anordnung getroffen hat, daß bereits im Nov. 1919 ohne Genehmigung der berufenen Organe das Holz gefällt werden durfte.

Der Staatsanwalt trat dem Antrage entgegen. Das Gericht zieht sich während einer kurzen Pause zur Beratung zurück und verhandelt um 1/2 Uhr als Beschluß: Die Beweisangebote werden abgelehnt. Wer die Erlaubnis für die Abholzung erteilt hat, ist strafrechtlich ohne belang.

Von den aufgerufenen etwa 60 Zeugen wurde heute der frühere Geschäftsführer Wetterer über die Vorgeschichte des Hagenschießprojektes zunächst unbedeutend vernommen. Die Bewertung des Holzes habe bei der Finanzierung eine wichtige Rolle gespielt. Zur Erörterung gelangt eine vom Zeugen verfaßte Denkschrift über die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens, die davon zeugt, daß man sich großen Illusionen hingeeben hat. Ingenieur Sonnef lieferte die Unterlagen für die Rentabilitätsberechnungen. Der Zeuge erklärt, Sonnef sei ihm von Abele als tüchtiger Geschäftsmann mit vielen Verbindungen vorgestellt worden und habe auf ihn, Wetterer, einen vertrauensvollen Eindruck gemacht.

Vorsitzender: Es ist doch merkwürdig, daß ein Mann, der außerhalb der Bank stand und ein Freund Abeles war, dazu bestimmt wurde, der Bank Unterlagen beizubringen, zumal als Lieferant. Worauf gründen sich die Zahlen? — Zeuge erklärt, es nicht zu wissen.

In diesem Zusammenhang wird der 47 Jahre alte Angeklagte Sonnef vernommen. Gegen ihn liegt ein inzwischen ergangenes rechtskräftiges Urteil wegen Betrugs vor. Eine andere Sache ist bei der Berufungsinstanz anhängig. Der Angeklagte Sonnef erklärt, daß er Abele seit langem kenne und eines Tages über seine Ansicht über die Siedlungspläne befragt worden sei. Er habe sich das nötige Material besorgt und Unterlagen für die Denkschrift beigebracht, die ihre eigentliche Ursache in Angriffen der Holzinteressenten gegen die Siedlungs- und Landbank hatten mit dem Ziel diese zu Fall zu bringen. Wetterer habe ihn, Sonnef, zu seinen Bemühungen ausdrücklich aufgefordert.

Zeuge Wetterer äußerte sich dann im einzelnen über das Hagenschießprojekt einschließlich des Sägewerks. Längere Erörterungen knüpften sich an die Frage der Abschätzung der Holzbestände. Die Siedlungs- und Landbank konnte nach dem Urteil des Sachverständigen, mit einem Holzhaufen von 180 000 Festmeter rechnen. Der Zeuge gibt zu, daß er sich bezüglich der Ermittlung des Sägewerks auf Sonnef verlassen habe, der sich freilich hinterher als Nichtsachmann herausgestellt hat. Er könne sich die Sache nur so erklären, daß man bei dem Gegenstand der Holzinteressenten insonderheit der Firma Gebr. Himmelbach, glaubte, zu einem Auktionenleiter greifen zu müssen. Daß die Nichtbefragung von Fachleuten ein schwerwiegender Fehler war, muß der Zeuge auf Vorhalt des Vorsitzenden bejahen. Darauf kommt die Denkschrift, deren Datum nicht genau feststeht, zur Verlesung. Der Zeuge Wetterer erklärt auf Befragen, daß man aus einem Verlauf des Holzes an die Holzinteressenten nicht genügend erlöste hätte.

Rechtsanwalt Dr. Gänger weist darauf hin, daß es sich bei dem Hagenschieß um ein sozialistisches Experiment gehandelt habe und der kapitalistische Holzhandel überhaupt ausgeschaltet werden mußte. — Zeuge Wetterer: Es mag ein politischer Hintergrund mitgespielt haben, als von dem Geschäft mit den Holzinteressenten Abstand genommen wurde. Nach Auffassung des Angeklagten Abele war das Angebot der Holzinteressenten gar nicht ernst gemeint.

Vor Schluß der Sitzung fragt Rechtsanwalt Albrecht, ob die von ihm benannten Zeugen vernommen würden, sofern er sie selbst laden lasse gegen Hinterlegung der Kosten bei der Gerichtskasse. Der Vorsitzende verneint die Frage unter Hinweis auf den einmal gefaßten Beschluß.

Gegen 1/3 Uhr wird der Prozeß auf Dienstag morgen 8 Uhr vertagt. In der Regel soll der Nachmittag verhandlungsfrei bleiben.

DZ. Karlsruhe, 3. März.

Nach Eintritt in die Verhandlung wird eine weitere Denkschrift über die Wirtschaftlichkeit des Hagenschieß-Unternehmens verlesen, datiert vom 8. März 1920 und unterschrieben von Abele-Wetterer. Darin erscheint alles rosa in rosa.

Auf Befragen erklärt Zeuge Wetterer: Der Fehler der Denkschrift war, daß wir nicht mit schlechten Konjunkturmöglichkeiten rechneten. Wäre die Holzhauffe nicht eingetreten, so hätten wir unsere Pläne wohl durchführen können. Auch konnte ich nicht finden, daß das Verhältnis zwischen Anlagekosten und Holzergös unrichtig war. Die Gebotwertung hat natürlich alle Berechnungen über den Haufen geworfen. Unter den anomalen Verhältnissen der damaligen Zeit erklärt es sich, daß die Siedlungs- und Landbank Sonnef beigezogen hat, der als gemachter Geschäftsmann günstige Beziehungen auszunutzen verstand. Es galt bei dem fortwährenden Steigen der Preise rasch zu handeln. Daß Sonnef kein Fachmann war, habe ich zunächst nicht gewußt. Im Landtag sprach ich mit Vertretern aller Parteien, die sich zu unserem Projekt zustimmend äußerten mit Ausnahme des Abg. Dr. Sehter, der Bedenken hatte. (Dem hat er, wie der Vorsitzende feststellt, auch in seiner Rede vom 26. März 1920 Ausdruck gegeben.) Der Zeuge läßt sich dann über die Vorarbeiten (Maschinenbeschaffung, Feldbahn usw.) aus. An der Sachkenntnis Sonnefs stiegen ihm langsam Zweifel auf. Er gibt auf Befragen der Verteidigung zu, im Frühjahr 1920 dem Ausschuss nochmals vorgeschlagen zu haben, Sonnef als Sachverständigen zu hören. Durch ein Schreiben an den Ausschuss vom 12. August 1920 teilte der Zeuge aber mit, daß auf Grund gewisser Vorwissenisse in den letzten zwei Monaten sein Vertrauen zu Sonnef völlig untergraben worden sei.

R. A. Albrecht: Haben Sie zu dritten Personen Ihre Bedenken geäußert? Zeuge Wetterer: Ja, im April oder Mai gegenüber Minister Nüder, Regierungsrat Kampffmeyer und einigen anderen Herren. — Im übrigen gibt der Zeuge Aufschluß über die Art, wie die Geschäfte abgewickelt wurden.

Angeklagter Abele bestätigt im allgemeinen diese Darstellung, meint aber: Wetterer steht heute zur Sache nicht mehr so, wie er früher dazu gestanden hat.

Zeuge Wetterer: Ich sehe meine Fehler ein.

Angeklagter Abele: Mein Standpunkt ist ein anderer. Die Sache war an sich gut. Wäre die Liquidation nicht gekommen, die nicht nötig war, und hätte Dr. Engler als im praktischen Wirtschaftsleben stehend die Angelegenheit in seine Hand genommen, so wären wir sicher besser gefahren. — Zeuge gibt diese Möglichkeit zu.

Angeklagter Sonnef hält auf die Frage des Vorsitzenden seine Berechnungsunterlagen als den Zeitverhältnissen entsprechend voll und ganz aufrecht. In der Sägewerksfrage seien abgesehen von ihm auch andere sachkundige Leute gehört worden. Ihm hätten die baulichen Aufgaben obgelegen.

Angeklagter Detert erklärt, daß mit Bezug auf Bau und Einrichtung des Sägewerks korrekt verfahren wurde. Die Holzindustrie wolle der Siedlungs- und Landbank nicht einmal eine kleine Anlage gönnen.

Angeklagter Sonnef verbreitet sich sodann über örtliche Schwierigkeiten, die sich schon dem Vorprojekt für das Sägewerk entgegenstellten, das man sich vorstellen müsse mit Hochbahn, Eng-Überführung usw. Die Pläne für das endgültige Projekt seien nie zur Vollendung gekommen. Der Ankauf des kleinen Startfischen Werks bedeutete einen gänzlichen Strich durch die Rechnung. Das Projekt sei, wie der Redakteur sage, vermurrt gewesen. Man hätte das Startfische Werk ausbauen müssen, wenn es den Anforderungen genügen sollte. Auch bestand ursprünglich die Absicht, ein neues Werk hinter dem Startfischen Anwesen zu erstellen. Er (Sonnef) habe an der Sache keine Freude mehr gehabt.

Nach einer kurzen Pause wird Ministerialrat Ulrich vom Finanzministerium vernommen. Der Zeuge war als Mitglied der Domänenverwaltung im Juli 1919 in den Ausschuss der Siedlungs- und Landbank berufen worden. Er bestätigt die bereits bekannte Vorgeschichte des Siedlungsprojektes im Hagenschieß. Am 9. Januar 1920 fand im Finanzministerium auf verschiedene Eingaben hin eine Besprechung mit den Holzindustriellen statt, die Bedenken gegen die Abholzung des Hagenschieß und gegen die Verarbeitung des Holzes im eigenen Sägewerk der Siedlungs- und Landbank erhoben, nicht zuletzt auch gegen die Kostspieligkeit des Unternehmens infolge des nötigen Bahnanschlusses nebst der Eng-Überführung. Das Ministerium setzte sich mit den beteiligten Stellen zwecks Aufklärung ins Benehmen, und es gelang, die Einwürfe zu zerstreuen. — Der Zeuge nimmt an, daß die Genehmigung zur Abholzung im November 1919 von der Forstbehörde im Einverständnis mit dem Finanzministerium erfolgt ist. Die Gründe lagen offenbar darin, daß man der im Winter drohenden Brennholznot begegnen und die in der Umgebung Forzheims zahlreichen Arbeitslosen beschäftigen wollte. In einer Sitzung vom 15. Juli 1920 gabts auch im Ausschuss der Siedlungs- und Landbank. Es wurde auf Antrag ein Mißtrauensvotum gegen den Vorsitzenden Dr. Kampffmeyer beschloffen, weil er es unterlassen habe, von Verstößen des Geschäftsführers gegen die Satzungen dem Ausschuss Mitteilung zu machen. Es handelte sich dabei u. a. um den Ankauf des Startfischen Sägewerks. Geschäftsführer Wetterer wurde alsbald beurlaubt, Abele in einer späteren Sitzung außer Dienst gesetzt.

Der Zeuge äußert sich dann über den Zusammenbruch des Unternehmens. Es traten akute Zahlungsunvermögen auf. (Fortsetzung folgt.)

Berufsunterricht in den Schulen

Der Berufsverein Karlsruhe hat bekanntlich beim Ministerium des Kultus und Unterrichts die Einführung eines Berufsunterrichts in den Schulen angeregt. Das Ministerium hat daraufhin mitgeteilt, daß die Einführung dieses neuen Faches infolge der ohnehin starken Belastung der Schüler mit wöchentlichen Unterrichtsstunden auf pädagogische Schwierigkeiten stoße. Dagegen sei bereits im Okt. v. J. ein ministerieller Erlaß ergangen, wonach die Schüler im Rahmen ihres seitherigen Planes auf die Gefahren einer Großstadt aufmerksam zu machen und ferner über die Vermeidbarkeit von Unglücksfällen entsprechend zu belehren sind. Gleichzeitig habe der Reichsverkehrsminister die Herausgabe eines Leitfadens, der die wichtigsten Bestimmungen über das Betriebs- und Berufsleben, enthalte und den Lehrkräften als praktische Anleitung für den Unterricht dienen soll, ins Auge gefaßt. Dieser Leitfaden soll auch in besonders leicht faßlicher und dem kindlichen Auffassungsvermögen angepaßter Ausgabe für Schülerbibliotheken hergestellt werden.

Dr. Engler Mitglied des Staatsgerichtshofs

Der Präsident des badischen Gewerbeaufsichtsamtes, Dr. Engler früher badischer Arbeitsminister, ist zum stellvertretenden Mitglied beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ernannt worden.

Vom Redarkanal

In Kürze werden die zwei ersten Stufen des Redarkanals samt den Kraftwerken vollendet sein und dem Betrieb übergeben werden. Damit beginnen erneut Verhandlungen über die Weiterführung der Bauarbeiten am Redarkanal und die Beschaffung der dafür notwendigen Mittel. Aus diesem Anlaß findet am Samstag, den 7. März, morgens 10 1/2 Uhr, in der Karlsruher Handelskammer eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Südbadischen Kanalvereins für Rhein, Donau und Redar (s. B.) statt, in der die Bedeutung der Redarwasserstraße für die südbadische Wirtschaft geschildert werden soll.

Aus der Landeshauptstadt

Ausrufung der Papiermarknoten

Das Bankgesetz von 1924 verpflichtet im § 3 die Reichsbank, ihren gesamten bisherigen Notenumlauf aufzurufen und gegen Reichsmarknoten umzutauschen. Eine Million Mark bisherige Ausgabe ist durch eine Reichsmark zu ersetzen. Die eingezogenen Noten sind zu vernichten. Die näheren Bestimmungen über den Aufruf, die Fristen für die Einlieferung und Kraftlosklärung der alten Noten sind dem Reichsbankdirektorium vorbehalten worden. Auf Grund dieser Ermächtigung ruft das Reichsbankdirektorium nunmehr alle Reichsbanknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem 11. Oktober 1924 liegt, soweit sie nicht bereits aufgerufen sind, zur Einziehung auf. Mit dem Ablauf des 5. Juni 1925 verlieren die aufgerufenen Noten ihre Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel. Die Besitzer dieser Noten können sie noch bis zum 5. Juli 1925 bei allen Kassen der Reichsbank in Zahlung geben oder gegen gesetzliche Zahlungsmittel umtauschen. Mit diesem Zeitpunkt werden die aufgerufenen Banknoten kraftlos und es erlischt damit auch die Einlösungspflicht der Reichsbank.

Noten in Abschnitten unter 10 Milliarden Mark sollen nur in Gebirgen und in einem durch 10 Milliarden teilbaren Betrag eingereicht werden. Die Gebirge sollen nach dem in Geldverkehr üblichen Gebrauch formiert und gepakt sein.

Franz Philipp, Direktor des badischen Konservatoriums für Musik in Karlsruhe, wurde durch das badische Staatsministerium zum Mitglied der mit Württemberg und Hessen gemeinschaftlichen musikalischen Sachverständigenkommission ernannt.

Die Teilnehmer an der Deutschlandfahrt für Motorräder sind Montag vormittag in einer Zahl von 317 von Mannheim abgefahren, um die zweite Etappe der Fahrt Mannheim-Stuttgart zurückzulegen. Von 10 Uhr vormittags ab trafen die Teilnehmer nach und nach in Karlsruhe ein, wo in der Nähe der Hauptpost eine Kontrollpause von 20 Minuten eingelegt war. Die Einfahrts- und Durchfahrtsstraßen waren von einer großen Menge Neugieriger besetzt. Leider hat sich bei der Durchfahrt durch Karlsruhe ein Unfall ereignet. Einer der Teilnehmer fuhr in der Hirschstraße einen Passanten an, den 50-jährigen Schlossermeister Kettenmaier aus Ettlingen, der alsbald ins Krankenhaus verbracht werden mußte und anschließend u. a. eine Gehirnerschütterung davongetragen hat. Der Fahrer selbst erlitt einen Knöchelbruch, setzte aber die Fahrt fort. Ein zweiter Teilnehmer an der Fahrt, Schäfer-Klein aus Birklin-Weidenhofen, stieß bei Brudersheim gegen den Bergbaum und wurde erheblich am Kopf verletzt; die Maschine wurde so beschädigt, daß sie ausfallen mußte. — Von Karlsruhe, wo der größte Teil der Teilnehmer bis gegen 2 Uhr nachmittags die Kontrollstelle passiert hatte, ging die Fahrt über Pforzheim nach Stuttgart. Bisher sind nur wenige Maschinen ausgefallen. — In Stuttgart langten die Fahrer, die von schon ab 10 Uhr vormittags erwartet hatte, erst nachmittags ab 1 Uhr an, da sich der Start in Ludwigsbafen bis 8.30 Uhr verzögert hatte. Als erster fuhr in Stuttgart nachmittags 12.54 Uhr Hosen-Dorimund auf V.M.B. durchs Ziel. Gessen abend veranstaltete der Gau Württemberg und Hohenzollern des Allgemeinen Deutschen Automobilklubs einen Begrüßungsabend im Stadtpark. Die Weiterfahrt erfolgt Dienstag 7 Uhr vormittags und geht über Hall, Crailsheim nach Nürnberg. Die weiteren Etappen der Deutschland-Jubiläumfahrt führen nach Dresden-Breslau-Berlin-Moskau-Miel-Hamburg-Bremen-Dortmund und zurück nach Köln.

Der Vatikan in Kunst und Geschichte. Nach einem einleitenden, verhältnismäßig kurzgefaßten Vortrag über die Entwicklung und Bedeutung Roms als der ersten Bischofsstadt, als Zentralknoten der kath. Christenheit, wurde den aufs äußerste gespannten Zuhörern in den Bad. Hörsälen im Konzerthaus der erste Blick auf die Stadt mit ihrer alles überragenden Peterskirche, diesem bis heute unübertroffenen Meisterwerk Michelangelos, gewährt. All die vielen, überwältigenden Herrlichkeiten, die der Vatikan mit seinen prachtvollen, kunst- und kulturgeschichtlich bedeutenden Museen birgt, die großartige Architektur, Skulptur und Malerei der Peterskirche und des Vatikan hier mit Worten zu beschreiben, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Allein durch eigenes Schauen, das uns auch der Film ermöglicht, bekommt man annähernd einen Begriff von den ungeheuren Größenverhältnissen, von all den Werken und Schönheiten, die das ewige Rom birgt, wenn auch leider nur allzu rasch die lodenden Bilder am flammenden Auge vorbeiziehen. Deshalb lohnt sich für jeden Freund von Kunst und Geschichte der Gang ins Konzerthaus, wo am Mittwoch nochmals auf ausdrückliche Genehmigung hier 2 Vorführungen stattfinden, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Landestheater. Anlässlich des Todes des Reichspräsidenten wird das Landestheater nur noch am Donnerstag, den 5. März geschlossen sein. Die Meisterfingeraufführung am Dienstag, den 3. März — unter der Leitung des Kapellmeisters Wih. Franz Neuh — sowie „Minna von Barnhelm“ am Mittwoch, den 4. März bleiben bestehen. Die am Sonntag, den 1. März ausgefallene Vorstellung des „fliegenden Holländers“ wird am Freitag, den 6. März nachgeholt — musikalische Leitung: Kapellmeister Wih. Franz Neuh, Th. G. III. Sond. Gr. Kollb. 6. Die Vorstellungen am Samstag, den 7. März bleiben unverändert. Der Spielplan vom 3.—10. d. M. wird in der neuen Fassung mit allen Bestimmungen über die Gültigkeit der berechneten Eintrittskarten an anderer Stelle veröffentlicht. Die für Samstag, den 28. Febr. und Donnerstag, den 5. März gelösten Eintrittskarten sollen zurückgegeben oder zu einer anderen Vorstellung umgetauscht werden.

Verschiedenes

Bezugsgläubige Probebelastung. Wie aus Karlsruhe gemeldet wird, ereignete sich bei der Probebelastung der von den Russen in der Grenzstadt Mazyrow über den Prypjoch seit zwei Jahren gehalten, strategisch

wichtigen Eisenbahnbrücke ein schweres Unglück. Als der Belastungszug mit der technischen Kommission die Brücke besah, stürzte diese ein. Sämtl. Kommissionsmitglieder fanden den Tod.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	3. März	2. März
Amsterdam 100 G.	167.54	167.96
Kopenhagen 100 Kr.	74.96	75.14
Paris 100 F.	16.71	16.75
London 100 £.	19.98	20.03
Brüssel 100 B.	4.19	4.21
Basel 100 Fr.	21.10	21.16
Schweiz 100 Fr.	60.64	60.84
Wien 100 Schilling	59.10	59.30
Prag 100 Kr.	12.42	12.46

Leipziger Messe. Der Verkehr auf der Leipziger Messe am Donnerstag überläßt, wie B.Z. meldet, die hochgestellten Erwartungen. Der ausländische Einschlag unter der Einfuhr ist unübersehbar. Sofort nach Eröffnung legte die Warenachfrage, namentlich nach den billigen Qualitäten, die dem heutigen Stande der deutschen Kaufkraft angepaßt sind, los. Die Industrie stellte sich auf diese Sachlage weitgehend ein, indem sie Gebrauchsartikel aller Art von gebiegener Qualität anbot. Die Entwertung des Geld- und Kreditmarkts wird wesentlich günstiger beurteilt als bisher. Die Industriezweige sind durch ihre hervorragenden Firmen vertreten. Der Besuch war hier außerordentlich stark. Die neu errichtete Warenmesse und die damit in Verbindung stehende Fachmesse für Siebereitechnik wurde der Öffentlichkeit übergeben. Die Ausstellung, die zunächst in der Riesenzelthalle von 10 000 Quadratmeter untergebracht ist, gibt eine praktische Übersicht über alle wärmetechnischen Einrichtungen, namentlich über die Verwertungsmöglichkeiten auch geringwertiger Brennstoffe und aller Abfallprodukte, besonders über die Ausnutzung von Abwärm- und Abwärm, sowie über das Problem der Fernheizung usw. Außer dieser Messe wurde erstmalig eine Reklamemesse veranstaltet. Das erste Untergrundmessenhaus der Welt, das unter dem Marktplatz eingebaut ist, wurde Sonntag morgen in Betrieb genommen.

Badische Lichtspiele

für Schule und Volksbildung
Konzertthaus 6.111

Nachdem der Trauertag in Baden amtlich auf Donnerstag festgesetzt ist, finden die für **Mittwoch, 4. März** angesetzten Vorträge mit dem Film **Der Vatikan in Kunst und Geschichte** doch statt und zwar: **Mittwoch, den 4. März** nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr. Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße

Carl August Nietten & Co.

liefern alle Sorten

Ruhrkohlen, Nuß- und Anthracitkohlen
Koks für Zentralheizungen u. Hausbrand

Grudekoks
Steinkohlen- und Braunkohlenbriketts
Brennholz

Hauptbüro: Rheinshafen, Nordbeckenstr. 6
Fernsprecher 982 und 5165

Stadtbüro: Kaiserstraße 116,
Fernsprecher 5506 D. 790

Karlsruher Lebensversicherung

auf Gegenseitigkeit
vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

Die Mitglieder der Anstalt werden zu der **Dienstag, den 31. März 1925, nachmittags 5 Uhr**, im Anstaltsgebäude zu Karlsruhe stattfindenden **ordentlichen Mitgliederversammlung** ergebenst eingeladen. Tagesordnung: 1. Genehmigung des Abschusses für 1922 und 1923 und der Goldmarkeöffnungsabteilung auf 1. 1. 1924. 2. Änderungen der §§ 1-23 der Satzung. Als Ausweis in der Mitgliederversammlung sind satzungsgemäß Eintrittskarten erforderlich. Diese werden vom Vorstand aufgrund einer schriftlichen oder mündlichen Anmeldung ausgehändigt, die spätestens 48 Stunden vor Beginn der Versammlung eingegangen sein muß. Die Vorlagen zu der Versammlung liegen an den Schaltern der Anstalt auf und werden auf Wunsch zugeschiedt. Karlsruhe, den 28. Februar 1925. Der Vorstand: Kimmig.

3.951. Baden. Auf Antrag der Frau Fris Ulrich Witwe, Wirtin in Baden, wurde zur Abwendung des Konkursverfahrens heute über deren Vermögen die Geschäftsaufsicht angeordnet. — Als Aufsichtsperson wurde bestellt: Herr Rechtsanwalt Schäfer in Baden. Baden, 27. Febr. 1925. Der Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts.

3.952. Baden. Die Geschäftsaufsicht über das Vermögen des Damenschneiders Kasimir Gieseler in Baden wurde aufgehoben, nachdem die Voraussetzungen für die Anordnung weggefallen sind. Baden, 26. Febr. 1925. Der Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts.

3.946. Donaueschingen. Über das Vermögen des Kaufmanns Emil Mosmann in Mundelzingen ist heute am 23. Februar 1925, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsagent Eugen Meßger in Donaueschingen ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 21. März 1925 bei dem Gericht anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des erkrankten oder der Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Dienstag, den 17. März 1925, vormittags 9 Uhr**.

Foren- und Eichenstammholzverkauf. Staatsforstamt Heilbronn verkauft freihändig 267 Festm. Foren- und 24 Festm. Eichenstammholz, ferner 62 Festm. Eichenstammholz I./III. Klasse in 4 Losen. Angebote in Propentien der Goldgrubenstraße vom Dezember 1923 bis **Mittwoch, den 11. März, nachmittags 4 Uhr**, erbeten. Die Abgabe eines Gebots gilt als Annahme der Verkaufsbedingungen. Der Bieter bleibt 5 Tage an sein Gebot gebunden. 3.949. Losverzeichnisse durch das Forstamt.

Radellangholzverkauf. Das Forstamt Derrnweies in Forbach (Baden) verkauft freihändig 1165 Festm. Radellangstämme und Abschnitte I.—III. Klasse in 885 Festm. IV.—VI. Kl. Angebote werden bis längstens **Dienstag, den 10. März 1925** erbeten. Losverzeichnisse und nähere Auskunft durch das Forstamt (Fernruf Forbach 15).

Brennholzverfeigerung. Das Forstamt Karlsruhe aus Staatswaldbezirk Stettenswirth, Freitag, den 6. März 1925 früh 1/10 Uhr im Adler in Forchheim rund 600 Stck Scheiter und Krügel und 4000 Wellen. Oberforstwart Lehmann in Forchheim zeigt das Holz. 3.950. Die auf Donnerstag, den 5. März 1925 angelegte Verfeigerung des Forstamtes Karlsruhe-Gardt wird auf **Montag, den 9. März 1925** verlegt und findet im Säulenhause bei Karlsruhe statt. 3.946. Forstamt Karlsruhe-Gardt.

Ruthholz-Verfeigerung. Das Forstamt Karlsruhe, Mittelberg in Ettlingen am **Dienstag, den 10. März 1925, früh 9 1/2 Uhr**, in der Veranschaulichung im Holzbaatal: 1. Aus Staatswald Dist. I Mittelberg Abt. 18, 19: 11 Stck Buchenmuthscheiter (Büchsenholz). 2. Aus Staatswald Dist. II Großlofeneck Abt. 22-26, 40, 43, 51, 50, 56, 59, 62: 6 Stck Buchenmuthscheiter I III, 1 V, mit i. G. 1.27 Festm.; Ahorn: 1 IV, 4 V, mit i. G. 2.14 Festm.; Wirtin: 1 IV, 1

Die Hauptabteilung in den Gewannen „Nu“ und „Rehbläcker“ auf der Gemarung Söllingen betr. Der Gemeinderat Söllingen hat eine Neueinteilung — Hauptabteilung — in den Gewannen „Nu“ und „Rehbläcker“ seiner Gemarung beantragt. 3.962. Tagfahrt zur Abstimmung der beteiligten Grundeigentümer über den Plan findet statt am **Mittwoch, den 18. März 1925, nachmittags 5 1/2 Uhr**, im Rathaus in Söllingen. Spätestens in dieser Tagfahrt sind von den Eigentümern der in Betracht kommenden Grundstücke etwaige Einwendungen gegen den Plan über die Neueinteilung und die Veranschaulichung oder gegen die Abtretung von Grundstücken zu erheben und die etwa hieraus abgeleiteten Entschädigungsansprüche anzumelden. Die nicht spätestens in dieser Tagfahrt angemeldeten Ansprüche dieser Art gelten als ausgeschlossen; insbesondere findet eine nachträgliche Geltendmachung derselben im Allgemeinen nicht statt. Zu der Tagfahrt werden die zur Abstimmung Nichter erschienenen und die Nichtabstimmenden als dem Plane zustimmend angesehen. Karlsruhe, den 2. März 1925. O. J. 25. Bezirksamt Abt. II.

Die Befämpfung der Maul- und Klauenseuche betr. Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Mielingen ist erloschen. 3.945. Karlsruhe, den 28. Februar 1925. O. J. 23.

3.962. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Tabakfabrik Geroy & Co. G. m. b. H. in Karlsruhe i. V. wurde heute am 28. Februar 1925, nachmittags 12 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Gläubigerin C. A. Baus in Bremen und die Gläubigerin Renke und Kutenkampff die Zahlungsunfähigkeit der Gemeinschuldnerin nachgewiesen haben. Der Hilfsverwalter Franz Wagner in Karlsruhe, Kriegsstr. 68, ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 28. März 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des erkrankten oder der Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Dienstag, den 17. März 1925, vormittags 9 Uhr**.

Wäsche wird zum Waschen u. Bügeln bei sorgfält. Behandl. angen. Frau Braunshweiger Zähringerstr. 82, II. Stod

Badisches Landestheater

Mittwoch, den 4. März 1925
R. 18. 7p. Gen. 1—500.
Sollstühle 7.
Kassensubstanz:

Minna von Barnhelm
oder Das Soldatengeld
Aufspiel in 5 Akte v. Lessing.
In Szene gef. v. F. Baumhach.
Major v. Tellheim: Hermann
Minna v. Barnhelm: Roske
Graf v. Bruchsal: Walter
Franziska: Berlow
Just: Sen
Paul Berner: Baumhach
Niccaut de la Martinière: Zent
Der Wirt: Höder

Anfang 7 Uhr
Ende nach 10 Uhr
Sper. für I. Abt. R. 4.90.